

Prof. Dr. Manfred Wilke

## **Das erste Jahr der Charta 77 in der SPIEGEL - Berichterstattung**

Referat auf der Konferenz: Charta 77, Prag 21. bis 23. März 2007

Die öffentliche Beachtung im westlichen Ausland war für die Unterzeichner der Charta 77 damals von existenzieller Bedeutung – sie kannten das Risiko, dem sie sich aussetzten. Diese Feststellung gilt vor allem für das Jahr 1977, über das ich spreche.

In der Bundesrepublik Deutschland war es das Magazin DER SPIEGEL, das von Anbeginn bis zu deren erfolgreichem Ende 1989 kontinuierlich über die Charta 77 berichtet hat. An exemplarischen Beispielen aus dem Jahr ihrer Entstehung werde ich zeigen, dass der SPIEGEL von Anfang an die Charta und die anderen Bürgerrechtsbewegungen im sowjetischen Imperium ernst nahm. Er berichtete über sie als ein neuer politischer Faktor in den Gesellschaften im Ostblock und stellte vor allem die Akteure und ihre Positionen vor. Die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung war für die SPIEGEL-Redakteure ein Symptom der Krise des sowjetischen Kommunismus.

1977 stand das Schicksal der von Verfolgung durch die Geheimpolizei, von Haft und Ausbürgerung bedrohten Akteure im Vordergrund der Berichterstattung. Es galt, die Charta-Unterzeichner durch die Publizität im Westen soweit wie möglich zu schützen. Die Artikel im SPIEGEL waren eine solidarische Berichterstattung und stellten die kommunistischen Diktatoren an den Pranger. Die Artikel verstärkten die Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen in der CSSR von außen und wurden somit für die regierenden Kommunisten ein außenpolitischer Störfall in ihren Beziehungen zum Westen. Verantwortlich für diese Perspektive der Berichterstattung war die Ost-Redaktion des Magazins, zwei Redakteure müssen an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden: Fritjof Meyer und Klaus Reinhardt. Zu ihren Informanten in Prag zählten die nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings entlassene Rundfunkjournalistin Irina Petschinova und Karel Beran. Verbindungen hatte die SPIEGEL-Redaktion auch zu Vertretern des

tschechoslowakischen Exils. Einer von ihnen war Jiri Pelikan. Ihm und der Redaktion von „Listy“ bescheinigte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR 1979, sie betrieben eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. „Listy“ sorgte, so das MfS, für die „ständige Information der Öffentlichkeit im Westen mit eindeutiger politischer Zielsetzung, um immer weitere politische Kreise des Westens zu gewinnen, sich in die inneren Angelegenheiten unserer Länder einzumischen, politischen und ökonomischen Druck auszuüben“.<sup>1</sup>

Die SPIEGEL-Beiträge zur Charta lesen sich heute wie eine Chronik der westdeutschen Wahrnehmung ihrer Aktivitäten und des Schicksals ihrer Unterzeichner. Als die Artikel erschienen, berichteten sie über eine aktuelle politische Auseinandersetzung, in der David gegen Goliath antrat und über den Beginn eines folgenreichen Prozesses der Veränderungen des Status Quo im geteilten Europa, der wider Erwarten im sowjetischen Imperium einsetzte, aber dessen Ende und Ergebnis noch offen war.

Die Veröffentlichung der Charta nahm der SPIEGEL zum Anlass für eine Titelgeschichte: „Der Ostblock wird unruhig“.<sup>2</sup> Das Thema war das Auftreten von Menschenrechtsgruppen in Polen, der Sowjetunion und der DDR. Der Text der Charta wurde vom SPIEGEL kurz zusammengefasst: „In dem Papier klagen die Menschenrechtler das Husak-Regime der Verletzung der Bürgerrechte und der Menschenwürde an, kritisieren den mangelnden Schutz gegen Verleumdung und Beleidigung und die weit verbreitete Rechtsunsicherheit. (...) Im Schlusskapitel des brisanten Papiers machen die Unterzeichner ganz klar, dass sie sich nicht als politische Opposition verstehen, sondern ihr Vorbild in den Bürgerinitiativen des Westens sehen: Die Charta ‚will also nicht eigene Programme politischer und gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen aufstellen‘, sondern fordert ‚einen konstruktiven Dialog mit der staatlichen und politischen Macht‘.“

Die 242 Unterzeichner hatten den Zeitpunkt gut gewählt. Im Juni 1977 fand in Belgrad die KSZE-Nachfolge-Konferenz statt, dieser Termin schuf für die regierenden Kommunisten ein Problem: Wie sollten sie gegen eine Bürgerinitiative

---

<sup>1</sup> MfS-Auskunftsbericht: Über das antisozialistische tschechoslowakische Emigrationszentrum Listy in: Manfred Wilke: Opposition aus dem Geist des Prager Frühlings, Jiri Pelikan und die Zeit des Exils, in: Gerbergasse 18, Heft 3/1999, Jena, S. 31.

<sup>2</sup> Der SPIEGEL, Heft 4/1977, 17.1. 1977, S. 68 ff.

vorgehen, die sich auf die Gesetze, die Verfassungen und die Helsinki-Beschlüsse berief? Eine Woche später interviewte das Magazin Jiri Hajek, Außenminister im Jahr 1968 und einer der Charta-Unterzeichner. Er beschrieb die Verhöre, denen er unterzogen worden war: „Als Straftatbestand wird uns die Charta vorgehalten.“<sup>3</sup> Auf die Frage, ob er sich bedroht fühlte, antwortete er: „Also mein Telefon ist abgestellt. Seitens der Behörden werde ich korrekt behandelt. (...) Auch die Hausdurchsuchung ist korrekt verlaufen.“ Nachdrücklich betonte er, die Unterzeichner hätten keine Möglichkeit die Bevölkerung „objektiv über die Charta zu informieren. Im Gegenteil, wir erleben einen groß angelegten Versuch der Desinformation, auch durch unsere Massenmedien“. Eine Woche später berichtete der SPIEGEL über die „Hexenjagd gegen Prager Bürgerrechtler“.<sup>4</sup> In den Betrieben mussten die Belegschaften Resolutionen gegen ein Papier unterschreiben, das sie nicht kannten. Die Resolution wurde ihnen von den Parteisekretären „zusammen mit den Lohnlisten vorgelegt“. Vaclav Havel und Jiri Lederer wurden verhaftet. „In Wien legte der CSSR-Botschafter eine Liste mit acht Namen von führenden Bürgerrechtlern vor, die Prag nach Österreich abschieben möchte.“ Der Schriftsteller Pavel Kohout verlangte, „dass der Westen gemäß der Schlussakte von Helsinki die zwangsweise Vertreibung von Menschen aus Osteuropa zu verhindern sucht“. Auch Solidarität aus den anderen sozialistischen Staaten mit der Charta vermeldete das Magazin. Als der rumänische Schriftsteller Paul Goma sich mit sechs „Gesinnungsgenossen“ mit der Charta solidarisierte, wurde er bedroht.<sup>5</sup> Die Erfahrungen mit den wochenlangen Verhören bei der tschechoslowakischen Geheimpolizei verarbeitete der Schriftsteller und Charta-Unterzeichner Ludvik Vaculik, der 1968 die „2000 Worte“ verfasste, zu einem Essay aus „Kafkanien“, das im SPIEGEL erschien.<sup>6</sup>

Außenpolitische Unterstützung bekamen die Menschenrechtler in den Staaten des sowjetischen Imperiums von den Vereinigten Staaten. Der neugewählte amerikanische Präsident Jimmy Carter zog in einen „Kreuzzug zur Wahrung der Menschenrechte“.<sup>7</sup> Diese politische Strategie könnte sich - gepaart mit einer harten Aufrüstungsdiplomatie - „für das Sowjet-Systemen als existenzbedrohend

---

<sup>3</sup> SPIEGEL-Interview mit dem Prager Bürgerrechtler Jiri Hajek, Heft 5, 24.1.1977, S. 14.

<sup>4</sup> Der SPIEGEL, Heft 6/1977, 31.1.1977, S. 80ff.

<sup>5</sup> Der SPIEGEL, Heft 10/1977, 28.2. 1977, S. 119ff.

<sup>6</sup> Der SPIEGEL, Heft 14/1977, 28.3. 1977, S. 197 ff.

<sup>7</sup> Der SPIEGEL, Heft 16/1977, 11.4. 1977, S. 106ff.

erweisen“<sup>8</sup>, urteilte der SPIEGEL. Für Carter war die Menschenrechtspolitik eine Frage des Prinzips der eigenen Position im Ost-West-Konflikt. Widerspruch ertete er von den Realpolitikern der Entspannungspolitik in den Vereinigten Staaten und vor allem in Westeuropa. Vorgegangen war diesem Schritt ein Briefwechsel mit Andrej Sacharow. Dieser schrieb Carter: „Es ist ihre Pflicht als US-Präsident, den politisch Verfolgten in Osteuropa zu helfen.“ In Prag nannte das Organ der kommunistischen Partei ‚Rude Pravo‘ den Atomphysiker „einen ‚Faschisten‘, der im Namen von Dissidenten in anderen sozialistischen Ländern spricht“. Auf diese und andere Reaktionen von sowjetischer Seite antwortete der amerikanische Präsident „schnoddrig: ‚Manche Leute werden unruhig, sobald Herr Breschnew nur niest‘.“

Die Reaktion der amerikanischen Administration auf die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung etablierte diese als politischen Faktor im Ost-West-Konflikt. Charta und KOR wirkten auch als Streitpunkt in der kommunistischen Bewegung.

Moskau geriet wegen seiner Politik gegen die Menschenrechtler in Konflikt mit den französischen und italienischen Kommunisten. Auch über diesen Konflikt berichtete der SPIEGEL: „Ein tiefer Gegensatz hat sich aufgetan zwischen Ostkommunisten und Eurokommunisten- insbesondere, weil diese offen Partei für die Dissidenten ergreifen. Umgekehrt verstehen sich die Bürgerrechtler, beispielsweise der Charta-77-Unterzeichner und Außenminister der Dubcek-Ära Jiri Hajek, ‚als Teil dieser Bewegung, die manchmal als Eurokommunismus bezeichnet wird‘.“<sup>9</sup> Diese Position galt selbstverständlich nur für die Sozialisten unter den Bürgerrechtlern. Robert Havemann in der DDR sah wenige Monate vor Veröffentlichung der Charta ebenfalls einen unversöhnlichen Widerspruch zwischen den Eurokommunisten und den regierenden Parteien im Osten. Er hoffte auf ein Bündnis zwischen den „Eurokommunisten“ und der Opposition in den Ländern des realen Sozialismus.

Die Prager Schauspielerinnen Vlasta Chramostova übergab dem SPIEGEL einen Appell an die Intellektuellen und Künstler im Westen: „Erheben sie ihre Stimme für die Charta 77!“<sup>10</sup> Der Appell wurde gehört. Der Dirigent Leonard Bernstein sagte seine Teilnahme am „Prager Frühling“ 1978 ab. Seine Begründung: „Protest gegen die

---

<sup>8</sup> Titelgeschichte: Gerechtigkeit in einer sündigen Welt, in: Der SPIEGEL, Heft 16/1977, 11.4. 1977, S. 106ff.

<sup>9</sup> Serie: Kommunismus heute, Teil II, in: Der SPIEGEL, Heft 20, 9.5. 1977, S. 170ff .

<sup>10</sup> Der SPIEGEL, Heft 20, 9.5. 1977, S. 205

Diskriminierung der Charta-77-Unterzeichner.“<sup>11</sup> In diesen Solidaritätsaktionen aus dem Westen für die Bürgerrechtsbewegung im Osten bildete sich ein neues, blockübergreifendes, europäisches Netzwerk zwischen Intellektuellen und Künstlern heraus.

Zdenek Mlynar, ZK-Sekretär der KPC unter Alexander Dubcek, analysierte im Wiener Exil zu Beginn der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz die Folgen von Helsinki. Er widersprach westlichen Deutungen, die sowjetische Politik allein aus dem Willen der Machthaber abzuleiten. Es gäbe auch Bedürfnisse der Gesellschaft, die von totalitären Diktaturen berücksichtigt werden müssten. Dazu zählte in den Ländern des realen Sozialismus die nachlassende Wirtschaftskraft, die eine Öffnung zum Westen erforderte. Von der Eingliederung in die Weltwirtschaft hänge auch die Entwicklung moderner militärischer Technik ab. Der Widerspruch in der sowjetischen Entspannungspolitik, die von der Bevölkerung begrüßt wurde, entstünde dort, „wo das Wesen der totalitären politischen Diktatur unmittelbar bedroht ist: bei der Frage der Menschen- und Bürgerrechte im realen Leben der Gesellschaft.“<sup>12</sup> Mit Konflikten in ihren Ländern hätten die regierenden Kommunisten gerechnet, aber was sie überraschte war ihre Intensität in Polen und der Tschechoslowakei. Über das Schicksal der totalitären Diktaturen „entscheidet die weitere Entwicklung der Gesellschaft, an der sie schmarotzen.“<sup>13</sup> An die demokratischen und sozialistischen Kräfte im Westen appellierte er auf der Konferenz in Belgrad: „Voraussetzungen erhalten und schaffen, unter denen der Druck von innen auf eine Transformation und schließlich den Untergang der totalitären politischen Regime gestärkt und nicht geschwächt wird.“<sup>14</sup> Es waren die Bürgerrechtler im sowjetischen Imperium, die als Ziel und Voraussetzung der Überwindung der europäischen Teilung formulierten: Notwendig sei der Untergang der totalitären kommunistischen Diktaturen.

Diese Dokumentation endet mit dem Artikel, in dem das Magazin Ende August 1977 über erste innenpolitische Konsequenzen in Prag berichtete. Der Versuch, die Charta durch Propagandakampagne und Verhaftung einzelner Unterzeichner zu unterdrücken war gescheitert. Der Staatssicherheitsdienst hatte das Belastungsmaterial für die Prozesse gegen Havel und Lederer nicht zusammen

---

<sup>11</sup> Der SPIEGEL, Heft 35, 22.8. 1977, S. 133

<sup>12</sup> Zdenek Mlynar: Schmarotzer am Leib der Gesellschaft, in: Der SPIEGEL, Heft 27, 27.6. 1977, S. 147.

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup> Ebenda.

bekommen, der Sündenbock wurde im SB gesucht und gefunden. Als Konsequenz dieses Scheiterns zog der SPIEGEL das Fazit: „Die Partei-Kampagne gegen die Unterzeichner der 'Charta 77' ist zusammengebrochen - immer mehr Bürger, auch Funktionäre und Polizisten sehen in den Bürgerrechtlern eine moralische Macht.“<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> Jäger und Opfer, in: Der SPIEGEL, Heft 36, 29.8. 1977, S. 122.